

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags ein mal. Geschäfts-Verleger: Hermann Wolff in Berlin.



Abonnements-Preis: 4 Mark 50 Pf. (Gesamt-„Kriegs-“ und „Wohnungs-“ Ausgaben 10 Mark 50 Pf.)

# Berliner Tageblatt

Nr. 539 40. Jahrgang und Handels-Zeitung Sonntag 22. Oktober 1911

Siehe die illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 85.

## Politische Wochenschau.

von Paul Harms.

Mit einem Akte der Entladung hat der Reichstag seine unumwiderrlich letzte Tagung begonnen. Er verabschiedete darauf die Marckofffrage zu beschließen, obwohl so ziemlich sämtliche Parteien darüber interpelliert hatten. Anerkannt muß werden, daß die Reichstoten sich in einer schwierigen Lage befinden. Sie wissen ganz gut, daß alle Welt das Verdict heraufschallend sieht, daß die offiziellen Verhandlungen mit dem „berühmten Interaktionsverhandlung“ treiben. Kann man aber in eine Debatte eintreten, wenn die Regierung sich weigert, mitzutun? In Fragen der inneren Politik zweifeln! Aber auch in Fragen der auswärtigen? Da liegt, solange die Regierung freit, die Gefahr des Dranvorbeistehens denn doch bedenklich nahe. Was wissen wir von der Art, wie die Regierung den Marckoffhandel diesmal angeht? Nicht viel mehr, als daß sie auch diesen alten Verberhergenheim dem Schwanz aufzukommen verliert. Statt mit der fühligen Frage zu beginnen: „Was geht ihr uns, wenn wir auf Marckoff verzichten?“ hat man anhängend mit der eifertigen Zustimmung zu beginnen: „Wir sind bereit, auf Marckoff zu verzichten, wenn auch wir irgendwo irgendwas bekommen.“ Nach- dem die Form unserer Verzichtes schriftlich festgelegt ist, macht das „irgendwo irgendwas“ natürlich ungeahnte Schwierigkeiten. Neuerdings wird von französischer Seite einmal wieder verkehrt, auch dieser schwierige Teil der Verhandlungen stünde unmittelbar vor dem Abschluss. Wenn's wahr ist, soll's uns von Herzen freuen. Dann könnte Herr v. Bethmann vielleicht schon gleich nach der großen Kesselpause, die der Reichstag eintritt, seine Absicht verkündigen und sich mit dem hohen Kaiser über Marckoff unterhalten. Wenn nicht, dann bliebe für den Reichstag immer noch die Möglichkeit, in eine allgemeine Erörterung einzutreten über die Art, wie bei uns auswärtige Politik gemacht wird, ohne Fühlung mit der öffentlichen Meinung, ohne Rücksicht auf die Volkvertretung. Man könnte vielleicht von der besonderen Marckoffinterpellation absehen, unter der Bedingung, daß vor Zoreschluss die Reformbedürftigkeit des Interpellationswesens im allgemeinen noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Interpellationen im Reichstage werden ja, mögen sie einleiten wie sie wollen, durch die Ereignislosigkeit ihres Verlaufs fast immer zum Scheitern kommen. Aber es kann anders bei der sehr notwendigen Erörterung des Mißtrauchs, der mit dem Vereinigseth getrieben wird? Die Sache ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den bevorstehenden Wahlkampf. Vor fünf Jahren hat der Reichstagler es durchzusetzen verstanden, daß die amtlichen Stellen sich wenigstens einigermaßen des sonst üblichen Drucks auf die Freiheit der Wahl enthalten. Diesmal — das darf man aus der matten Haltung des Staatssekretärs Selbried sowohl wie aus der Unbeheltheit seines Oheis bei der Debatte schließen — wird die Regierung wieder beide Hände zudrücken. Daß die Konventionen mit den guten Willen der untern Verwaltungsorgane und der Volksparteien rechnen, versteht sich von selbst. Aber auch das Zentrum hofft stark auf Begünstigung durch den amtlichen Apparat. Dagegen ist schon über dessen mangelhaftes Arbeiten bei der Düsseldorf Wahl laute Klage erhoben, so beständig die zweideutige Haltung seiner Redner im Reichstage nur, was es in dieser Hinsicht von der Regierung glaubt erwarten zu dürfen. Wäre es unter solchen Umständen nicht eine Forderung politischer Moral gewesen, ein klares Wortum des Reichstages darüber herbeizuführen, wie er über die skandalöse Handhabung des Vereinigseth verfahren? Aber dem Reichstage sind die Hände gebunden. Er darf beachten, was er will. Er darf beschließen, was er will. Er darf fragen, was er will. Mindestens bekommt er auf beschiedene Anfragen sogar eine Antwort vom Regierungssitz. Aber nun einen Schritt darüber fassen, ob ihn diese Antwort befriedigt oder nicht befriedigt, das darf der souveräne deutsche Reichstag nicht. Was das Recht der Interpellation angeht, so nimmt er unter allen Parlamenten der Welt wohl die unumwiderrlich Stellung ein.

Die Hoffnung, daß der Reichstag diesen Akt auf der Höhe in absehbarer Zeit werde durchführen, erhält neue Nahrung durch den Anfall der Aktion in Rom und Berlin. Mit einem neuen, einem heiteren Auge betrachten selbst die besten Freunde des Zentrums, daß es hier denn doch eine unabweisliche Niederlage erlitten habe. Die Empfindungen der Konventionen sind menschlich begreiflich. Wenn man selbst Schlange über Schlange erlitten hat, so ist es trotzdem, zu sehen, daß auch der teure Verbündete nicht unermundbar ist. Diese Feststellung ist natürlich auch für die Gegner der Verbündeten nichts weniger als schmerzlich. Aber fast noch wichtiger als der Verlust, den das Zentrum erlitten hat, sind die Erscheinungen in anderen Lagern. Die auf die Nationalliberalen berechnete Tüte, die einen Wahlkampf mit Front nach rechts gab allein die Sozialdemokratie

zu gewinnen, ist in Konstantinopel entschieden widerlegt worden. Nicht die entschlossene Front nach rechts, die man im Jahre Baden schätzte, schwächt die Kraft des Nationalliberalismus, sondern die unklare Zweckmässigkeit. Selbst auf rein faktischem Boden vermag der Liberalismus dem Zentrum Terrain abzugewinnen, wenn er nur eifrig, folgerichtig und beharrlich auf das eine Ziel losmarschiert: Zertrümmerung der agrarischen Parteiherrschaft. Wo er das tut, braucht er auch nicht den in Kasel noch so hochgeleiteten Kanstantin zu verleugnen, dessen Mitglied der nationalliberale Kandidat in Konstantin ist. Wer weiß, wenn die Stichwahl vielleicht vollendet, was unter guten Umständen begann, findet vielleicht sogar Herr Hoffmann wieder den Mut zu einem schätzeren Bekenntnis für „unsern“ Freund Riese!

Der Krieg, der bisher feiner war, hat im Laufe der Woche angefangen, ein etwas ruhigeres Gesicht zu zeigen. Schon einmal hat Italien die Erfahrung machen müssen, daß es leichter ist, ein großes Nationalheer zu erobern, als es festzuhalten. Wir deutsche möchten, daß sich die bittere Erfahrung mit dem abessinischen Protektorat in Tripolis nicht wiederhole. Wir brauchen nicht mehr zu fürchten, in den Verdacht verfallener Schwärzerei für einen Raub im tiefsten Frieden zu geraten. Aber, nachdem das Unternehmen einmal im Gang ist, liegt es nicht in unserm Interesse, daß es mit einer schweren Erschütterung der Kräfteverteilung um das Mittelmeer endige. Die aber würde eintreten, wenn Italien durch einen völligen Festschlag auf der Reihe der Mittelmeerstädte ausstiege. Und sie würde, in der letzten Richtung, verflucht werden, wenn die junge Türkei sich auf die Verteidigung eines entsegenen Bormers ihrer Macht andauernd verbesse wolle. Sollte die italienische Regierungspresse dafür, daß wir das Unternehmen mehr mit dem Verstand als mit dem Herzen verfolgen, abermals Feuer und Schwefel auf uns herabzuwerfen — je nun, wir würden's zu tragen wissen. Dieser Pressehaß, der fast mit ebenbürtiger Flamme und Getöse einsetzte wie der Zug nach Tripolis, ist für uns wertvoller durch die, was er zu tun unterläßt, als durch das, was er tat. Die Mitteilung, die italienische Regierung — betonen „Regierung“ — habe die Kabinette von London und Paris über den Zug nach Tripolis nicht früher unterrichtet als die von Berlin und Wien, nehmen wir mit der Ehrfurcht zur Kenntnis, die uns vor offiziellen Erleuchtungen im allgemeinen eigen ist. In jenem Artikel eines Eingeweihten aber, gegen den die italienischen Offiziere, zu Freude aller deutschen Antifemiterische und Chauvinisten, so tapfer zu Felde zogen, war eine Feststellung enthalten, die für uns am Ende wichtiger ist, als der Streit um die rechtzeitige Benachrichtigung. Hier wurde vor acht Tagen festgestellt, daß Italien, für den Fall eines deutsch-italienischen Konflikts, von der vertragmäßigen Dreieinheitshilfe schon seit zwanzig oder fünfzehn Jahren entbunden worden ist, und zwar auf seinen Wunsch. Wir dürfen heute die Feststellung hinzufügen, daß diese Enthüllung von keiner Seite demontiert worden ist, auch von den stillschweigend, dreieinheitsbestimmten italienischen Offizieren nicht. Wir sind weit davon entfernt, den Italienern aus diesem Dipsens einen Vorwurf zu machen, ist er doch von unserer Seite bereitwillig erteilt worden. Aber wir meinen doch, für das deutsche Volk sei es nicht ganz unwichtig zu wissen, daß in dem einzigen Konflikt, der nicht durch unklare Schuld — entsteht hat Frieden der Welt und unsere ruhige Entscheidung bedrohen könnte, Italien unter keinen Umständen auf unserer Seite stehen wird.

Denn wichtiger als Begeisterung und Freudentaumel ist es, sich in allen Lagen den Wind klar und ungetrübt zu erhalten für das wahre Gesicht der Tatsachen. Zugespitzt ist, daß das mitunter recht schwierig sein kann. Wie zum Beispiel, wenn zwei kriegführende Parteien mit gleicher Zuversicht und Ausdauer Siegesnachrichten in die Welt hinausschleichen. Die chinesische Regierung sowohl wie die Rebellen wollen in den Kampf bei Kanfo eingestiegen haben. Da die Rebellen aber auf dem Vormarsche nach Norden begriffen sind, wird der vorläufige Erfolg auf ihre Seite gewesen sein, und das es auch der endliche sein werde, ist eine Möglichkeit, womit man zu rechnen hat. Auch bei dieser Gelegenheit hat ein Teil der englischen Presse uns wieder die Freundlichkeit erwiesen, uns als Störenfried zu verächtigen. Man weiß aus alter Erfahrung, daß derartige lärmende Ausfälle auf Deutschland, wenn sie ganz und gar ohne Sinn und Zusammenhang erfolgen, die Aufmerksamkeit von irgend etwas ablenken sollen, was die englische Regierung in einer Stelle zu einem fall acceptom aufgeschaltet wissen will. Vielleicht war das diesmal der Transport indischer Zehnpfen nach Südperthien. England sowohl wie Rußland geben das Unternehmen des Erfolgs, denn sie als wohlwollende Zuschauer beizuhelfen, endgültig verloren. England liebt es, andere für sich wirken zu lassen. Mühsam aber doch ein Unternehmen im übertragenen Wirkungskreis, so tritt es unverzüglich selbst auf den Plan. England lieh, vor wenigen Jahren, die Italiener ruhig gegen den oberen Nil vordringen. Als aber die italienische Kolonialherrlichkeit die Äthiopia zusammengebrochen war, ging es sofort und systematisch selbst an die Eroberung der oberen Nildelta. England ließ den Erfolg feierlich das persische Reich beunruhigen und erschüttern. Nachdem

aber der Einbruch abgeschlagen ist, verstärkt es ebenso feierlich die eigene Nachstellung, bevor die persische Regierung wieder zu Kräften kommt. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: den Ernst ständiger Entfremdung, womit die gleichen an der Spitze herabkommen würde, wenn es Deutschland täte, oder die stille Selbstverständlichkeit, womit man handelt, ohne zu reben, wenn es im britischen Interesse als notwendig erscheint.

## Neue Brandkatastrophe in Konstantinopel.

Hunderte von Häusern in Flammen. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Konstantinopel, 21. Oktober, 9 Uhr 50 Min. abends. In nächster Nähe von Zankatale, jenem Viertel, das die Feuerbrunst vom 23. Juli 6. 3. in wenigen Stunden in Asche legte, brach heute in der achten Abendstunde ein verheerender Brand aus. Bis hierher aus wegen geringer Stärke des Windes nicht zu fürchten, daß, wie damals, tausende von Häusern und Kaufhäuser in Flammen aufgehen, so liegt doch noch immer eine theatrale Nacht, die unermessliche Gefahren bringen kann, vor uns. Nach sieben Uhr wurde bekannt, daß in dem Stamander Viertel, das nach der berühmten Bajasidmoschee benannt ist, ein großes Feuer ausgebrochen sei. Um neun Uhr waren schon mehr als hundert Häuser in umschlingender Flamme abgebrannt. Bis zu diesem Augenblicke herrschte Windstille, und es schien, als ob der Verheerung ein Ziel gesetzt sei. Aber gegen zehn Uhr entstand eine letzte Luftbewegung, die die Flammen westwärts weitertrieb und nimmer einen neuen Häuserkomplex gefährdete. Da wegen der Hebrerung des Telegraphen und wegen der strengen Kriegserklärung Nachrichten nicht beibringt werden, wird es nicht möglich sein, den weiteren Verlauf dieses Unglücks noch im Laufe dieser Nacht durch Drahtberichte zu schildern.

Der Brand vom 23. Juli, den die obenerwähnte Depesche erwähnt, ist unseren Lesern noch in deutlicher Erinnerung. Das Feuer brach in der Nähe des Kriegsministeriums aus, und da die Arbeit der Feuerweh nicht rechtzeitig einsetzte, griffen die Flammen, von einem Sturmwind angehaucht, rasch um sich; nach wenigen Stunden war der ganze Stadtteil bis auf wenige aus Stein aufgeführte Bauten niedergebrannt. Mehrere Konak, elf Moscheen und tausende kleiner Häuser lagen in Schutt und Asche, und die amtlichen Berichte schätzten den Gesamtschaden auf zwanzig Millionen Mark. Der Zimmerhaufen, der nach dem Brande zurückblieb, bedeckte eine Kilometer lange Strecke. Glücklicherweise sind damals Menschen nicht umgekommen. Kriegsminister Mahmud Schewket Pascha war zwar bei dem Brande Verletzungen davon, erholte sich aber bald wieder.

## Die türkischen Allianzprojekte.

Dreibund oder Triple-Entente. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Konstantinopel, 21. Oktober. Die gesamte Konstantinopeler Presse beschäftigt sich heute mit dem Allianzprojekt, auf Grund der Ausrückung des Balkans, daß er ein Feind der Zivilisation sei. Man stimmt der Ansicht zu, daß jedes Land Verbündete haben müsse. Nur wer diese Verbündeten sein lassen, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die „Jeune Turc“ bringt es sogar fertig, in einem Leitartikel als wahrheitsgemäße Verbündeten England zu bezeichnen und in einem darauffolgenden Artikel unter Hinweis auf den in „Berliner Tageblatt“ erschienenen, hier ungenau beachteten und distanzierenden Artikel „Deutschland und Italien“ als fähigen Verbündeten Deutschland zu betrachten. Klänge es bei dem Windsturm auf die Regierung an, so würde die beifolgende Mitteilung mit Deutschland und Österreich passieren, während die öffentliche Meinung, die wie 1908 wieder einmal heftig durch die Agitation der englischen Volkspartei beeinflusst ist, nach England gravitiert. Die englische Regierung will aber in der Türkei nicht allzuviel bedeuten. Sie kann stets nur ein retardierendes Moment sein, nie aber wirklich eine Entscheidung herbeiführen. Dazu ist sie zu nativ und bei einigermaßen beherrschter Auffassung leicht wandelbar. Der Fall der italienischen Gelamtausweitung hat es oben wieder bewiesen. Nichts ist für diese Aufgabe charakteristischer als eine authentische Ausrückung des Führers der Romitropen, des Marschallensaid Bey, die gestern abend im Café Serailian fiel. Ein Wegordner sagte zu ihm: „Unsere Regierung will also offiziell in den Dreieinbund eintreten. Was wird man mit der öffentlichen Meinung machen, die anglophil ist?“ Darauf entgegnete Said Bey: „Die öffentliche Meinung existiert in der Türkei nicht. Hier konzentriert sich die ganze öffentliche Meinung auf die paar Deiner bei Zofallian.“ Er hat recht. Das Volk ist fast allschlaggebender Faktor.

Die Entscheidung liegt also augenblicklich bei der Regierung. Aufgibt Said Beyja aber, dessen Kabinett am Donnerstag nach